



## PRESSEMITTEILUNG

---

Berlin, 18. Juli 2016

Beschlüsse gegen das eindrucksvolle Votum der Studierenden?

### **Völker: Masterplan als „Pflichtenheft“ wird Allgemeinmedizin nicht stärken!**

„Die Einführung eines PJ-Pflichtquartals in der ambulanten Versorgung wäre ein politischer Beschluss gegen zahlreiche konstruktive Alternativvorschläge zur notwendigen Stärkung der Allgemeinmedizin und eine Maßnahme gegen das klare Votum der Medizinstudierenden.“ Mit dieser Feststellung hat Moritz Völker, Vorsitzender des Ausschusses „Medizinstudierende im Hartmannbund“, auf Meldungen reagiert, nach denen sich die Gesundheits- und Kultusminister der Länder darauf geeinigt haben sollen, künftig jeden Medizinstudierenden zu einem PJ-Quartal in der vertragsärztlichen Versorgung zu verpflichten. Wie klar das Votum der Studierenden ist, belegt ganz aktuell eine noch bis morgen laufende Blitzumfrage des Hartmannbundes. Rund 80 Prozent der knapp 7000 Umfrageteilnehmer (!)\* haben sich bisher gegen ein ambulantes PJ-Pflichtquartal ausgesprochen sowie im Übrigen auch gegen eine M3-Prüfung Allgemeinmedizin.

„Diese Stimme von Tausenden Medizinstudierenden sollte die Politik nicht einfach vom Tisch wischen“, forderte Völker. Es wäre fatal, wenn stattdessen der Eindruck entstünde, die Meinung eines einzelnen Interessenvertreters setze sich im Sinne eines Meinungsmonopols quasi durch die Hintertür durch, verwies Völker in diesem Zusammenhang auf die „Doppelrolle“ des Vorsitzenden der Gesellschaft für Allgemeinmedizin (DEGAM), Ferdinand Gerlach, der neben der Interessenvertretung für das Fach Allgemeinmedizin gleichzeitig Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der Entwicklung im

HB-Pressestelle  
Michael Rauscher (Leiter)  
Andrea Reich (Sekretariat)

Tel.: 030 206208-11  
Fax: 030 206208-14  
E-Mail: [presse@hartmannbund.de](mailto:presse@hartmannbund.de)

Hauptgeschäftsleitung  
Kurfürstenstraße 132  
10785 Berlin

Internet: [www.hartmannbund.de](http://www.hartmannbund.de)

Gläubiger-ID  
DE48 1000 0000 3900 15  
Deutsche Apotheker-  
und Ärztebank eG Düsseldorf  
IBAN DE10 3006 0601 1201 0850 18  
BIC DAAEDEDXXX  
Ust.-Nr.: 27/620/56879

Gesundheitswesen ist und seit Jahren die Bundesregierung berät. Man sei zumindest sehr überrascht, wie schnell ein erst Ende Mai bekannt gewordener Vorschlag der DEGAM von der Politik in die Tat umgesetzt würde. „Es wäre schön, wenn die Politik auch die einhellig vorgetragenen Bedenken und Alternativvorschläge anderer Gruppierungen berücksichtigt“, appellierte Völker noch einmal eindringlich an alle am Prozess Beteiligten.

So haben die Medizinstudierenden im Hartmannbund bereits vor Jahresfrist vorgeschlagen, für PJ-Studierende die Möglichkeit zu schaffen, ein Quartal in der ambulanten Versorgung zu absolvieren, aber eben freiwillig. Insbesondere sollte abgewartet werden, ob die bereits eingeführten Maßnahmen zur Stärkung der ambulanten Medizin im Studium, wie zum Beispiel die hausärztliche Famulatur, Früchte tragen. Das erfordere ein Mindestmaß an Geduld. Hinzu komme, dass die Kapazitäten für einen PJ-Pflichtabschnitt bei niedergelassenen Haus- und Fachärzten an den Universitätsstandorten zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt nicht gesichert seien. Es dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass Studierende aus finanziellen Gründen in der Regel wohnortnah ihr PJ absolvieren müssen. Und wenn doch auswärts, dann seien den Studierenden nicht nur eine kostenfreie Unterkunft und minimale Fahrtkosten wichtig, sondern auch eine entsprechende PJ-Aufwandsentschädigung, wie an vielen Kliniken bereits gelebte Praxis.

„Noch bleibt genug Zeit, um Fehler zu vermeiden, die eher schaden könnten, als dass sie dazu beitragen würden, das Medizinstudium wirklich sinnvoll weiter zu entwickeln und die Studierenden zu motivieren, sich intensiver mit der Allgemeinmedizin und der ambulanten Versorgung zu beschäftigen. Vor dem Hintergrund der bereits zu lange andauernden Debatte um die Allgemeinmedizin läuft das Fach Gefahr, bei den Studierenden an Ansehen zu verlieren“, verweist Völker auf die noch immer laufenden Gespräche zwischen Bund und Ländern. Bis zur angekündigten Veröffentlichung des „Masterplan Medizinstudium 2020“ im Herbst gebe es noch ausreichend Spielraum und Möglichkeiten für Gespräche.

\*Weitere Details der Umfrage, die morgen ihren Abschluss findet, veröffentlicht der Hartmannbund in den nächsten Tagen auf seiner Homepage [www.hartmannbund.de](http://www.hartmannbund.de).